



Welche Polit-Promis schützt Frankreich?

Frankreich weigert sich, der Schweiz die Liste der HSBC-Kunden herauszugeben.

Der Verdacht: Es hat Top-Namen darunter.

Die Datenklau-Affäre um die Genfer Filiale der britischen Privatbank HSBC. Der Italo-Franzose Hervé Falciani (37), ein Informatiker, soll der Bank sämtliche Kundendaten gestohlen und in diversen Ländern zum Verkauf angeboten haben. Schliesslich landeten die Daten in Frankreich. Es soll um 130 000 HSBC-Kunden gehen, darunter einige Tausend Franzosen. Da dürften Unmengen von Schwarzgeld zum Vorschein kommen.

Brisant: Die Bundesanwaltschaft wartet seit Februar umsonst darauf, dass Frankreich ihr die bei Falciani in Südfrankreich sichergestellte HSBC-Kundenliste herausgibt.

Der böse Verdacht: **Frankreich will gewisse Leute schützen.** Welche Namen von Regierungsmitgliedern oder anderen in- und ausländischen Topshots sind auf der Falciani-Liste?

Dass Frankreich unsauber spielt, zeigt sich im Fall immer mehr. So erzählt der zuständige südfranzösische Staatsanwalt Eric de Montgolfier neuerdings, die Schweiz habe ihm gar nicht gesagt, dass es sich bei Falcianis Unterlagen um gestohlene Daten gehandelt habe. Diesen Vor-

wurf weist eine Sprecherin der Bundesanwaltschaft zurück: «Im Rechtshilfesuch war klar dargelegt, dass es um unbefugte Datenbeschaffung ging.»

Frankreich behauptet auch, erst Anfang 2009 mit Falciani in Kontakt getreten zu sein. BLICK enthüllte gestern, dass Falciani bereits im Sommer 2008 Daten und die Codes dazu an den französischen Fiskus lieferte.

Inzwischen werden neue Details bekannt. Laut «Le Temps» **arbeitete auch Falcianis Komplizin, die Libanesin Georgina M., in der HSBC-Informatikabteilung.** Auch gegen sie läuft laut BLICK-Infos seit Mai 2008 ein Ermittlungsverfahren in der Schweiz. Das Duo arbeitete aber bis am 22. Dezember 2008 bei der

HSBC. Erst dann, nach einer Hausdurchsuchung bei Falciani, realisierten Bank und Bundesanwaltschaft die Tragweite der Datenklau-Affäre.

Der Fall wirkt auch innenpolitisch nach. SVP-Nationalrat **Christoph Mörgeli will eine Untersuchung durch die Geschäftsprüfungskommission.** Er will etwa die Rolle der Bundesanwaltschaft geklärt haben. SVP-Ständerat Hannes Germann «staunt» über Bundespräsident Hans-Rudolf Merz. Dessen Steuerverwaltung wusste bereits im Januar 2009 vom Datenklau-Verdacht. Trotzdem unternahm Merz nichts. Sondern unterschrieb im August 2009 ein neues Steuerabkommen mit Frankreich.

Henry Habegger